

**Input zur Jahreshauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins:
"Wir müssen reden! Das Fremde und das Eigene" – 10. Juni 2017, Dresden**

Michael Wimmer

Ich kann nur vermuten, warum die OrganisatorInnen ausgerechnet mich als Österreicher zu diesem Impulsvortrag zum Thema „Das Fremde und das Eigene“ eingeladen haben. Vielleicht weil ich zwar kein Deutscher bin und von außerhalb Deutschlands komme, aber aufgrund der historischen Nähe auch wieder nicht fremd bin. Ein wenig von beidem also. Ich könnte mir vorstellen, die kurze Geschichte, die ich zu erzählen habe, erhielte eine andere Färbung, würde sie von einem jungen afghanisch-, syrisch-, türkisch- oder tschetschenischstämmigen Wissenschaftler erzählt, noch wahrscheinlicher, es spräche eine weibliche Wissenschaftlerin mit Migrationshintergrund über das „Eigene und Fremde“ zu Ihnen. Das einfach nur eine Anregung fürs nächste Mal.

Von Karl Kraus gibt es die Charakterisierung Österreichs als einer „Versuchsstation des Weltuntergangs“; und die Literaturnobelpreisträgerin Marie von Ebner-Eschenbach meinte, bei Österreich handle es sich um eine „kleine Welt, in der die große ihre Probe hält“. Da könnte man schon auf die Idee kommen, in beiden Zuschreibungen „Österreich“ durch „Kultur“ zu ersetzen, um so den möglichen Laboratoriums-Charakter des Kulturbetriebs in einer sich dramatisch nicht nur zum Besseren verändernden Welt zu charakterisieren.

Wir säßen nicht zum Thema „Das Fremde und das Eigene“ zusammen, wenn wir nicht in eine Phase der Globalisierung eingetreten wären, in der die Mobilität und darüber hinaus die mehr oder weniger zwanghafte Mobilisierung von Menschen ein bislang unbekanntes Ausmaß angenommen hätte. Meine kursorischen Bemerkungen werden darauf hinauslaufen, dass die aktuellen demografischen Veränderungen durchaus unsere Aufmerksamkeit verdienen; dass wir darüber hinaus nicht in die Falle gehen sollten, die damit verbundenen Inszenierungen, die auf der politischen Bühne aufgeführt werden, als Ausdruck einer natürlichen Form der Fremdenangst einer autochthon-homogenen Bevölkerung zu missinterpretieren. Im Gegensatz dazu vertrete ich die These, dass die aktuellen erzwungenen Wanderungsbewegungen von radikalen und extremistischen Kräften als ein Hebel für ein wesentlich größeres politisches Projekt genutzt werden wollen, deren Ziel in der Abschaffung der Errungenschaften einer liberalen, rechtsstaatlich verfassten Demokratie ist. Auf dem Spiel steht nicht mehr und nicht weniger das politische „System“ als Ganzes¹.

Es gibt keinerlei wissenschaftliche Evidenzen, dass Eigenheit und Fremdheit entgegengesetzte naturgegebene Kategorien darstellen würden. Sie erhielten ihre (politische) Bedeutung erst mit den Moder-

¹ Siehe dazu etwa: <http://www.zeit.de/2017/04/rechtspopulismus-demokratie-wahlen-buergerversammlungen-politisches-system-griechenland/komplettansicht> [aufgerufen am: 18.06.2017].

nisierungs-, Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen des 19. Jahrhunderts, um prekär gewordene Herrschaftsverhältnisse auf eine neue Grundlage zu stellen². Als solche können sie im Rahmen einer dynamischen Gesellschaftsentwicklung nicht ein für alle Mal geklärt werden. Stattdessen stellen sie politische Vereinbarungen dar, die der permanenten Aushandlung und Zuschreibung bedürfen. Das aber bedeutet, dass wir bei der Ausgestaltung des künftigen Verhältnisses von Eigenem und Fremdem mitreden können, und ich bin überzeugt, dass dabei dem Kulturbetrieb mit seiner besonderen Fähigkeit, Geschichten über den Zustand der Gesellschaft zu erzählen, eine ganz besondere Bedeutung zukommen kann (zugleich nicht automatisch zukommen muss).

Eine ganz besondere Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang der Begriff der „Identität“ dar. Immerhin dient er den (kultur-)politischen EntscheidungsträgerInnen nur zu gerne als Ein- und Ausschlusskriterium, das über Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit entscheidet. Mit der Konsequenz, dass denjenigen, die sich den herrschenden Identitätsansprüchen nicht unterwerfen wollen bzw. können, der Status des Fremden zugewiesen wird, und damit der des Ausgeschlossenen von Solidargemeinschaften, die sich, bei Lichte betrachtet, weniger an gemeinsamen kulturellen Werten, sondern in allererster Linie am gemeinsamen Zwang zu Steuerleistungen und Anspruchsberechtigung bei der Verteilung erkennen.

Ich erwähne diesen Umstand so besonders, weil Politik nur zu gerne dazu neigt, den Kulturbetrieb zum Zweck der nationalen Identitätsbildung zu instrumentalisieren. All diejenigen, die meinen, diesbezügliche Versuche würden ein für alle Mal der Vergangenheit angehören, sollten einen Blick nach Ungarn werfen, wo sich im Zuge einer politischen Farce³ weite Teile des (staatlich privilegierten) Kulturbetriebs unversehens im bereits überwunden geglaubten kulturpolitischen Auftrag der Regierungspartei Fidesz sehen, noch einmal die Fahne des echten Ungarntums gegen alle internen und externen (europäischen) Feinde hochzuhalten. Ähnliche Intentionen lassen sich zurzeit in Polen beobachten, wo kritische KünstlerInnen, wenn notwendig auch mit Zensurmaßnahmen, auf die Affirmation genuin polnischer Werte eingeschworen werden sollen⁴.

Fremdheit historisch

Meine These, dass es sich beim Bemühen um Unterscheidung zwischen dem Eigenen und dem Fremden um eine relativ junge Form der sozialen Ausdifferenzierung im Gewand moderner Herrschaftsformen handelt, möchte ich anhand der Österreichisch-Ungarischen Monarchie ansprechen. Immerhin stellte dieses politische Konstrukt für mehr als ein halbes Jahrtausend ein Sammelsurium unterschied-

2 Siehe dazu etwa: Müller-Funk, Wolfgang (2016): Theorien des Fremden. Stuttgart.

3 Offenbar eine späte Bestätigung des Diktums von Karl Marx, Geschichte wiederhole sich nicht, es sei denn als Farce.

4 Siehe dazu: Ausstellungsabsage von Monika Piórkowska durch das Polnische Kulturinstitut in Wien: http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/integration/gesellschaft/873051_Ausstellungsabsage-am-Polnischen-Institut-in-Wien.html [aufgerufen am: 18.06.2017].

licher Menschen, Gruppen, Völker und Nationen dar, das scheinbar durch nichts miteinander verbunden war als durch eine gemeinsame Herrschaft durch eine der gottgesandten hocharistokratischen Familien in Europa. Die Vielfalt reichte soweit, dass das Herrscherhaus selbst nach dem Ausgleich mit Ungarn 1867 Probleme damit hatte, für den cisleithanischen Teil der Doppelmonarchie einen gemeinsamen Namen zu kreieren; in Ermangelung eines solchen beschränkte man sich auf die Bezeichnung der unter dem Herrscherhaus der Habsburger versammelten „Völker und Länder“ ungeachtet ihrer verschiedenen Sprachen, kulturellen Gewohnheiten und auch Religionszugehörigkeiten. Die Bezeichnung dieses Konglomerates in offiziellen Dokumenten als „Österreich“ findet sich erstmals 1915 und damit drei Jahre vor der Auflösung der Monarchie. Fremdsein bedeutete demnach für die damalige Zeit etwas völlig anderes als heute.⁵

Es ist hier nicht die Zeit sei es die Geschichte der wachsenden Nationalitätenkonflikte, sei es die Geschichte der sozialen Trennungen (Klassengegensätze) als eine Geschichte immer neuer Versuche der Grenzziehung zwischen Eigenem und Fremdem (samt ihrer Überwindung) zu zeichnen.

Ich möchte mich stattdessen an dieser Stelle auf die 1970er und 1980er Jahre als eine besondere historische Situation beschränken, die – wie ich vermute – unsere kulturpolitischen Ansprüche bis heute nachhaltig beeinflussen. Mit den Ausläufern der Nachkriegszeit wurde in dieser Zeit mit der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates in Mitteleuropa ein politisches Versprechen zur umfassenden Vermittlung abgegeben, die mit einer zunehmenden Überwindung sozialer, kultureller oder sonstiger Gegensätze führen würde. Eine nachhaltige Umverteilung der materiellen Güter – und in der Folge auch der immateriellen, kulturellen Güter im Rahmen der Propagierung einer „Kultur für alle“ – sollte sukzessive die bestehenden sozialen Ungleichheiten und damit verbundenen Befremdungen eliminieren, während alle verbleibenden Bedürfnisse nach Andersheit vorrangig auf ein Jenseits des Eisernen Vorhangs projiziert wurden.

In den letzten Jahren mussten wir schmerzhaft zur Kenntnis nehmen, dass dieses Versprechen an sein Ende gekommen ist. Mit dem nachhaltigen Wandel der Weltwirtschaft („Neoliberalismus“) sehen sich die nationalen Regierungen zunehmend im Zugzwang, einen Abbau sozialpolitischer (und damit auch kulturpolitischer) Errungenschaften vorzunehmen und dabei ein wachsendes Auseinanderdriften der Gesellschaften in KrisengewinnerInnen und KrisenverliererInnen in Kauf zu nehmen. Die Konsequenzen – die u.a. in der wachsenden Bereitschaft vormals traditioneller Arbeiterschichten bestehen, rechtsextremistische Parteien als eine überzeugende Interessensvertretung im Kampf gegen das Fremde zu sehen – schildert der französische Soziologe Didier Eribon in seinem Buch „Rückkehr nach Reims“⁶. Anhand seiner eigenen Familiengeschichte beschreibt er eindrucksvoll die Geschichte eines

5 Diese besonderen Qualitäten eines Zusammenlebens in Verschiedenheit lässt GesellschaftstheoretikerInnen bei der Frage nach den Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Europäischen Union immer wieder auf Erfahrungen in diesem Vielvölkerreich zurückgreifen. Siehe u.a. Snyder, Timothy (2014): Habsburger und die EU. URL: <https://www.nzz.ch/international/weltkrieg/das-ende-des-habsburgerreiches-1.18208672> [aufgerufen am: 18.06.2017].

6 Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Frankfurt am Main.

politischen Verrats der linken Parteien, die ursprünglich angetreten sind, die Interessen der „Ernidrigten und Beleidigten“ zu verteidigen.

Und so dräut dort wo noch vor 30 Jahren eine umfassende Homogenisierung der nationalen Gesellschaften als politische Zielvorstellung vorherrschte, die Neuauflage einer ein für alle Mal überwunden geglaubten gesellschaftlichen Polarisierung in Elite und Volk als einem neuen, politisierbaren Gegensatzpaar, eine Entwicklung, die – so meine These – auch am Kulturbetrieb nicht spurlos vorbeigehen wird.

Elite und das Volk

Es fällt auf, dass der rechtsextreme Kandidat Norbert Hofer im österreichischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 seinem Kontrahenten Alexander van der Bellen – der die Wahlen letztendlich mit geringem Vorsprung gewonnen hat – zugerufen hat: „Sie haben die Hautevolee hinter sich und ich die Menschen!“⁷. Er setzte damit auf ein verhängnisvolles Ressentiment in wachsenden Teilen der Bevölkerung, wonach eine Kamarilla aus KosmopolitInnen, InternationalistInnen, Intellektuellen, KünstlerInnen und anderen VertreterInnen des Kulturbetriebs als die neuen Feinde ausgemacht wird, die auf Kosten der einfachen Leute ihre Ansprüche auf Beibehaltung liberal-demokratischer Verfasstheit pflegen würden. Ihre VertreterInnen seien dafür verantwortlich, die gegebenen Grenzen zwischen den Eigenen und den Fremden zu verwischen und damit dem „Volk“ nachhaltigen Schaden zuzufügen. In ein ganz ähnliches Horn stieß der Vorsitzende der niederländischen rechtsextremistischen Partei PVV Geert Wilders, der in seinem jüngsten Wahlprogramm von 2017 neben dem Verbot des Islams auch für ein Ende staatlicher Kunst- und Kulturförderung – die ja doch nur einer selbstbezogenen Elite zugutekommen würde – geworben hat.⁸

Mit solchen politischen Losungen gerät auch und gerade der Kulturbetrieb in den Verdacht, das „Volk“ verraten zu haben, um es sich und seiner Klientel zu richten. Dass diese Form der politischen Agitation in zunehmenden Maße greift, erklärt sich auch aus dem Umstand, dass es den Kunst- und Kultureinrichtungen – trotz zum Teil intensiver Bemühungen mit Hilfe kultureller Bildung bislang vernachlässigte Zielgruppen zu erreichen – in den letzten Jahren nicht gelungen ist, seine Bedeutung für weite Teile der Bevölkerung in nachhaltiger Weise zu verankern⁹. Und wir müssen erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass in den Pariser Banlieus der Hass mittlerweile so groß geworden ist, dass perspektivlose Jugendli-

7 Siehe dazu auf der FPÖ-Website: <http://www.fpoe-parlamentsklub.at/artikel/norbert-hofer-van-der-bellen-hat-die-hautevolee-und-ich-die-menschen/> [aufgerufen am: 18.06.2017].

8 Siehe dazu: <https://twitter.com/geertwilderspvv/status/76885438283431168> [aufgerufen am: 18.06.2017].

9 Alle verfügbaren Statistiken gehen davon aus, dass nach wie vor nur eine kleine Minderheit an überdurchschnittlich gebildeten Menschen und tendenziell eher wohlhabenden Menschen zu den regelmäßigen NutzerInnen des staatlich geförderten Kulturangebotes gehören. So liefert das KulturBarometer des Zentrums für Kulturforschung (ZfKf) seit 1990 anhand von regelmäßig bundesweit durchgeführten Repräsentativumfragen aktuelle Meinungsbilder zu grundsätzlichen oder spezifischen Themen der kulturellen Bildung und der Kulturpolitik.

che nicht davor zurückschrecken, öffentliche Büchereien anzünden, obwohl sich die darin tätigen BibliothekarInnen in ganz besonderem Maße darum bemühen, mit maßgeschneiderten Angeboten gerade diese Zielgruppe zu erreichen¹⁰.

Das Eigene und das Fremde vor dem Hintergrund von städtischem und ländlichem Zusammenleben

Aus dem Wien zur Mitte des 16. Jahrhunderts gibt es ein literarisches Zeugnis der demografischen Vielfalt seiner Bevölkerung. Der Autor Wolfgang Schmelztl formulierte damals einen „Lobspruch auf die Stadt Wien in Österreich“:

„Ans Lugeck kam ich von ungefähr/Da gingen Kaufleut' hin und her/In fremder Kleidung bunterlei/Und sprachen fremde Sprachen dabei/Ich dacht', ich wär' nach Babel kommen/Wo Sprachenwirrniss Anfangenommen/Und hört' ein seltsam Geträtsch, Geschrei/Auch schöne Sprachen mancherlei/Hebräisch, Griechisch und Lateinisch, Deutsch, Französich/Türkisch, Spanisch, Böhmisch, Windisch, Italienisch/Ungarisch, gut Niederländisch/Natürlich Syrisch/Croatisch, Serbisch, Polnisch und Chaldäisch/Des Volk's war da die große Menge ...“¹¹

Mit dieser Beschreibung einer bunten Vielfalt von in Wien tätigen Menschen macht der Autor deutlich, dass Stadt immer schon als ein Ort der Überwindung des „Fremden“ gegolten hat. Stattdessen sind es gerade die habituellen, kulturellen oder sprachlichen Unterschiede, die den besonderen Charakter einer Stadt ausmachen, die sich damit im Gegensatz zu den Homogenitätsansprüchen des dörflichen Zusammenlebens weiß. Schon aufgrund dieser babylonischen Vielfalt sind es in erster Linie immer wieder neu zu verhandelnde Regeln und nicht sakrosankte kulturelle Traditionen, die das tägliche Zusammenleben bestimmen. Erst diese Regeln ermöglichen es, dass unterschiedliche kulturelle Vorstellungen friedlich neben- und übereinander existieren können, ohne sich gegenseitig zu diskriminieren oder gar auszuschließen. Damit sollte klar sein, dass sich die Idee von Stadt nicht in der Vorstellung eines großen Dorfes erschöpft; dass ihre besonderen Qualitäten vielmehr in der Koexistenz unterschiedlicher kultureller Ausdrucksformen bestehen, die sich – zumindest im Prinzip – wechselseitig zu befruchten vermögen und auf diese Weise Zuschreibungen des Eigenen und des Fremden bei den BewohnerInnen zunehmend obsolet erscheinen lassen.

Es liegt in der Natur von Stadt, dass sich die bereits angesprochenen liberalen Eliten von einer solchen Charakteristik besonders angesprochen fühlen. Die damit verbundene wachsende Bedeutung, die Städten im globalen Maßstab zukommt¹² führt zu einer schleichenden Entwertung des ländlichen Raums. Schon jetzt zeichnet etwa der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung Heribert Prantl ein

10 Siehe dazu: Wimmer, Michael (2016): Der Kulturbetrieb brennt! URL: <http://educult.at/blog/der-kulturbetrieb-brennt/> [aufgerufen am: 18.06.2017].

11 Siehe dazu: <http://www.zeno.org/Literatur/M/Schmelztl,+Wolfgang/Gedichte/Ein+Lobspruch+der+Stadt+Wien+in+%C3%96sterreich/Ein+Lobspruch+der+Stadt+Wien+in+%C3%96sterreich> [aufgerufen am: 18.06.2017].

12 Analysen gehen davon aus, dass bereits 2030 die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten leben wird. Zu den Konsequenzen in Deutschland siehe u.a. <http://www.tagesspiegel.de/politik/bevoelkerungsentwicklung-der-run-auf-die-metropolen/12186496.html> [aufgerufen am: 18.06.2017].

düsteres Bild, wenn er von einer „provinziellen Depression“ spricht, die kleinere, zunehmend auch mittlere Orte erfasst hätten: „Vielfach verrotten die Ortskerne. Die Dörfer, die Klein- und auch die Mittelstädte sehen aus wie ein Donut ... sie sind innen hohl.“¹³

Eine der wesentlichen Ursachen für diese Form der Entleerung liegt im Zusammenbruch der lokalen und regionalen Infrastruktur, die eine zentrale Voraussetzung für ein intaktes Gemeinwesen darstellt. Dazu zählt auch die Nichtexistenz kultureller Angebote. Ein diesbezüglicher struktureller Verlust zusammen mit grassierender Perspektivlosigkeit hat mittlerweile zu einem politisch weitgehend unterschätzten Aggressionspotential geführt, das nur zu leicht gegen alles, was unter „Stadt“ verhandelt wird, in Stellung gebracht werden kann.¹⁴

Wieder sind es die RechtsextremistInnen, die als erstes drauf und dran sind, aus diesen Fehlentwicklungen Kapital zu schlagen. Sie nutzen das frustrierte Gefühl einer Provinz, die sich abgehängt fühlt und verspricht den verbliebenen BewohnerInnen die Rückkehr zu heimischen Traditionen und Bräuchen¹⁵. Gerade Österreich, das von einer langen Tradition des Gegensatzes zwischen einer einzigen mittelgroßen Stadt und einem großen Rest an kleinen und mittleren Kommunen geprägt ist, weiß um die Bedeutung dieses Gegensatzes¹⁶. Auch der Front National war zuletzt vor allem im kulturell homogenen ländlichen Raum erfolgreich.

Die Rolle des Kulturbetriebs in der Gesellschaft

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass mit dem Erstarken rechtsextremer Kräfte der Kulturbetrieb zunehmend unter den Verdacht eines gegen das „Volk“ gerichteten Elitenprojekts gerät. Mehr noch wird ihm eine zentrale Legitimationsgrundlage entzogen, die lange Zeit in der Erwartung bestanden hat, einen wesentlichen Beitrag zu nationalen Identitätsbildung zu leisten¹⁷. Man kann diese Form der Emanzipation des Kulturbetriebes von staatlicher Instrumentalisierung begrüßen. Man muss es aber auch als ein kulturpolitisches Zeichen für den Umstand setzen, dass es die aller Bemühungen um eine Intensivierung kultureller Bildung nicht gelungen ist, im großen Rest der Bevölkerung ein nachhaltiges Bewusstsein dafür zu schaffen, dass das staatlich privilegierte Kunst- und Kulturschaffen eine signifikante Bereicherung ihrer Lebensverhältnisse zu leisten vermag.

13 Prantl, Heribert (2017). Gebrauchsanweisung für Populisten. Salzburg.

14 Dies führt u.a. zu einer paradoxen Situation, wonach die Fremdenfeindlichkeit gerade in den Gemeinden besonders hoch ist, in denen keine und eine nur geringe Erfahrung mit Fremden existiert.

15 Siehe dazu: <https://www.unzensuriert.at/content/0023789-Heimische-Traditionen-und-Braeuche-unserer-Gesellschaft-fest-verankert> [aufgerufen am: 18.06.2017].

16 So war der Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer 2016 vor allem im ländlichen Raum erfolgreich, während Alexander van der Bellen in den Städten zu punkten vermochte: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/4994704/Hofer-siegt-in-fuenf-Laendern-Van-der-Bellen-in-Staedten> [aufgerufen am: 18.06.2017].

17 Dies gilt insbesondere für Österreich, das nach dem Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft von einem besonderen Bedarf an nationaler Identitätsbildung gekennzeichnet war, dem mit Hilfe seines reichen kulturellen Erbes entsprochen werden sollte. Siehe dazu u.a. Wimmer, Michael (2011): Kultur und Demokratie. Innsbruck.

Als Antworten auf diese neue Herausforderung haben sich zwei Varianten herausgebildet. Die eine besteht in schon erwähnten Renationalisierungsbemühungen, gegenwärtig etwa in Ungarn und Polen, die versuchen, die Grenzziehungen zwischen dem Eigenen (in Gestalt des historisch gedemütigten und stolzen Ungarntums) und dem Fremden (in Gestalt einer neuen Okkupationsmacht Europa) neu zu ziehen. Die andere besteht in einem weitgehenden Rückzug des Staates aus den kulturellen Angelegenheiten; eine Strategie, die auf eine umfassende Privatisierung des Kulturbetriebs hinausläuft. Exemplarische Beispiele dafür sind die Kulturpolitiken in der Türkei und in Bulgarien, wo es nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems zu einer Reduktion der Theater von 600 auf 60 gekommen ist.

Angriff auf das Elitäre ist nicht neu

Wenn auf diese Art das Verhältnis zwischen Staat und Kulturbetrieb neu ausverhandelt wird, so fordern rechtsextreme Kräfte direktes und indirektes Mitspracherecht. Es sind in diesem Zusammenhang vor allem die „Identitären“, die mit spektakulären Störaktionen¹⁸ immer wieder auf sich aufmerksam machen. In ihrem Aktionismus betreten sie freilich kein Neuland; sie bedienen sich auf durchaus kreative Weise Erfahrungen aus der Alternativ- und Gegenkultur, die bereits in den 1970er Jahren gegen den etablierten Kulturbetrieb angetreten war¹⁹. Auch deren Interventionsversuche – damals von links – waren von der Absicht geleitet, das symbolische Kapital einer überkommenen Elite zu zerstören, um so den Weg für neue politische Verhältnisse frei zu machen²⁰.

Vertreter der Identitären lassen sich auf diese Weise nicht auf den Versuch, bestimmte Formen eines, völkische Homogenität repräsentierenden kulturellen Erbes zu bewahren, reduzieren. Sie widersetzen sich einer solchen Zuschreibung des kulturellen Provinzlerturns. Stattdessen bedienen sie sich durchaus avancierter jugendkultureller Ausdrucksformen²¹, in der Hoffnung, bei der jeweiligen Zielgruppe mit hippen Aktionen politisches Kapital schlagen zu können²².

18 So störten Rechtsextreme 2016 Elfriede Jelineks Theaterstück „Die Schutzbefohlenen“ mit einer Aktion an der Fassade des Wiener Burgtheaters. Eine andere Produktion desselben Stücks war bereits Mitte April im Rahmen einer Aufführung durch geflüchtete Menschen im Audimax der Universität Wien gestürmt worden. Siehe dazu: <http://www.derstandard.at/2000035879204/Identitaere-klettern-aufs-Burgtheater> [aufgerufen am: 18.06.2017].

19 Parallelen lassen sich nicht nur in Bezug auf Störaktionen im etablierten Kulturbetrieb herstellen. Auch im Bereich der medialen Öffentlichkeit mutierte in erster Linie das Wording, wenn heute der Anwurf der „imperialistischen Meinungsmache“ durch die Zuschreibung „Lügenpresse“ ersetzt wird.

20 Weitgehend vergessen sind in diesem Zusammenhang Aussagen wie die des Komponisten und Dirigenten Pierre Boulez, der dazu aufgerufen hatte, „die heiligen Kühe zu schlachten“, um auf diese Weise die überkommenen Repräsentationsformen einer konservativen Elite zu schleifen und durch neue, den Menschen nähere kulturelle Ausdrucksformen zu ersetzen.

21 In diesem Zusammenhang fällt auf, dass insbesondere rechtsextreme Gruppen Social Media in besonders avancierter Weise zu benützen wissen. Sie unterscheiden sich dabei signifikant von anderen politischen Parteien und Bewegungen, die noch nicht erkannt haben, dass mit ihrer Verbreitung ganz neue kulturelle Räume entstehen, die auf eine sehr unmittelbare Weise politisch nutzbar gemacht werden können.

22 In diesen Tagen sucht der Sänger Andreas Gabalier, dem ein besonderes Naheverhältnis zum Rechtsextremismus nachgesagt wird, per Gerichtsbeschluss den Schlagabtausch mit dem Intendanten des Wiener Konzerthauses Matthias Naske, der öffentlich verkündet hat, Gabalier die Bühne in seinem Haus zu verwehren. Siehe dazu:

Wenn ich diese kulturpolitische Offensive von rechts richtig deute, dann werden wir uns auf eine neue Runde von „Kulturkämpfen“ einstellen müssen, die einmal mehr geprägt sein wird von der Ambiguität des Kulturellen, das ebenso einschließend wie ausgrenzend benutzt werden kann. Kein Zweifel, dass im Moment die Ausgrenzer das Heft in die Hand genommen haben, während die Verteidiger einer liberalen, auf Vielfalt angelegten Kulturpolitik zunehmend in die Defensive geraten.

Über die Notwendigkeit der Verteidigung liberaler, demokratisch verfasster Rechtsstaatlichkeit

Der Autor Ilija Trojanow hat zusammen mit Ranjit Hoskote bereits 2007 das Buch: „Kampfabsage. Kulturen bekämpfen sich nicht, sie fließen zusammen“²³ herausgegeben. Darin konfrontiert er uns mit einer ungewöhnlichen These, die geeignet ist, unsere lieb gewordenen Vorstellungen vom Eigenen und Fremden in einer Pluralität und Mobilität fußenden Gesellschaft noch einmal in grundlegender Weise in Frage zu stellen. Als selbst aus Bulgarien Geflüchteter mit kosmopolitischer Vergangenheit vertritt er die These, dass ohne die Kategorie des Fremden gesellschaftliche Entwicklung erst gar nicht möglich ist. Immerhin sei es die Wahrnehmung von Fremdheit, die erst die Neugierde am Unbekannten evozieren und damit so etwas wie die Essenz des Lebens darstellen würde.

Und vom polnischen Soziologen Zygmunt Baumann habe ich in seinem Essay „Die Angst vor den anderen“²⁴ gelernt, das Fremde nicht beliebig zu externalisieren. Immerhin könnte es sein, dass wir uns selbst am fremdesten sind. Und weil wir das nicht aushalten können, projizieren wir das Fremde in den/die jeweils andere/n, so nah er/sie uns sein mag in der Verfolgung seiner/ihrer existentiellen Grundlagen²⁵. Mehr als ein Grund, intensiver darüber nachzudenken, ob nicht – durchaus mit dem Mitteln der Kunst – die Fähigkeit, mit der eigenen Fremdheit produktiv umgehen zu lernen, angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Krise zu einem zentralen Bildungsziel mutiert.

Der Kulturbetrieb kommt um die narzisstische Kränkung nicht herum, dass es ihm in den letzten Jahren nicht gelungen ist, ein überzeugendes Bollwerk gegen zunehmende Demokratiemüdigkeit und damit verbundenen autoritären Tendenzen zu bilden. Dies liegt weniger am beeindruckenden Engagement vieler Kunst- und Kulturschaffenden als an den institutionellen Beharrungskräften, die es z.B. nicht

<https://www.unzensuriert.at/content/0024166-Gabalier-sieht-sich-durch-Konzerthaus-Manager-ins-rechte-Eck-gedraengt-und-klagt> [aufgerufen am: 18.06.2017].

23 Hoskote, Ranjit/Trojanow, Ilija (2007): Kampfabsage. Kulturen bekämpfen sich nicht, sie fließen zusammen. München.

24 Bauman, Zygmunt (2016): Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache. Frankfurt am Main.

25 In dem Zusammenhang berichte ich von einer Präsentation in der Wiener Zentralbibliothek mit dem Titel „Wir schaffen das!“, bei der eine Reihe von geflüchteten jungen Menschen von ihrem bewegenden Schicksal und ihren zum Teil verzweifelten Versuchen, in Österreich einen ersten Halt zu finden, berichtet haben. Sie in ihren berührenden autobiografischen Erzählungen auf einen Status des „Fremden“ zu reduzieren, ließe in erster Linie auf ein Fehlen jeglicher Empathiefähigkeit schließen.

zugelassen haben, die gegenwärtige demografische Zusammensetzung der Gesellschaften innerbetrieblich auch nur annähernd widerzuspiegeln²⁶.

Vieles spricht dafür, dass in diesem Zusammenhang der Kulturbetrieb vor gewaltigen Herausforderungen steht²⁷. In dem Maß, in dem mittlerweile die Grundfesten demokratischer Verfasstheit zur Disposition stehen, wird es künftig nicht genügen, die „Kulturnation“ zu verteidigen. Vielmehr sind wir alle in unserer Eigenschaft als Citoyens gefordert, den aktuellen illiberalen, autoritären und menschenrechtsskeptischen Tendenzen zugunsten der Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen „Staatsnation“²⁸ politisch entgegen zu wirken.

Statt konkreter Handlungsanleitungen, die eines breiten Diskussionsprozesses bisheriger Erfahrungen bedürften, setze ich zwei aktuelle Beispiele, die zeigen, wohin die Reise gehen könnte. Da ist zum einen die Produktion von Uli Jäckle von Peter Handkes Stück „Die Stunde da wir nichts voneinander wußten“ am Theaterplatz in Dresden. Ihr Ziel ist es, das traditionelle Protestgelände der Pegida-Bewegung neu zu besetzen. 120 Dresdner BürgerInnen versammeln sich zu diesem Großprojekt, der die Beziehungen zwischen DarstellerInnen und PassantInnen zum Verschwinden bringen soll. Und da ist zum anderen die Produktion „Wut – Jelinek, Wagner und ‚Jesus von Nazareth‘“, ebenfalls eine Produktion des Sächsischen Staatsschauspiels von Christian von Borries diesmal in der Dresdener Frauenkirche. Die Produktion kombiniert einen Text von Elfriede Jelinek, in dem TerroristInnen und ihre Opfer zu Wort kommen mit einem Fragment von Richard Wagner, der Jesus als Revolutionär feiert.

Beide Produktionen sind als aktuelle Kommentare zur politischen Entwicklung in der Stadt und im Land zu lesen. Als solche sind sie auch Einmischungsversuche im aktuellen Konflikt um die Neufestlegung der schillernden Grenzen zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Besonders werden sie – zumindest für mich – dadurch, dass sie das bewährte Theatergelände verlassen und sich dorthin begeben, wo sich die Menschen befinden. Und durch die Bereitschaft, neue Allianzen einzugehen mit anderen AkteurInnen der Zivilgesellschaft, die das Interesse an dem teilen, was alle Beteiligten als gesellschaftliche Errungenschaft sehen: die Aufrechterhaltung einer liberalen und auf Vielfalt gerichteten Demokratie, die das Fremde in erster Linie als eine Bereicherung zu erkennen weiß und nicht als eine Bedrohung.

26 EDUCULT hat dafür im Rahmen des europäischen Kooperationsprojektes „Brokering Migrants‘ Cultural Participation“ ein Tool zur Selbstevaluierung entwickelt, das – nach einer kurzen Einführung – selbst genutzt werden kann, um sich angesichts der aktuellen demographischen Veränderungen neu zu verorten. Siehe dazu: <http://educult.at/forschung/brokering-migrants-cultural-participation/> [aufgerufen am: 18.06.2017].

27 Wobei der Diskussionsverlauf im Rahmen der Veranstaltung deutlich gemacht hat, dass sich viele VertreterInnen in Deutschland der Dramatik der Veränderungen, die mittlerweile in anderen europäischen Ländern Platz gegriffen haben, noch nicht in vollem Ausmaß bewusst sind und stattdessen ungebrochen auf weitgehende Kontinuität der Verhältnisse setzen.

28 Diese „Staatsnation“ ist es, die von RechtsextremistInnen als „System“ desavouiert wird.